

Knapp 30 Millionen Euro fließen in den Landkreis

Bad Tölz-Wolfratshausen – Der Freistaat greift vielen Städten und Gemeinden im Landkreis finanziell kräftig unter die Arme. Knapp 30 Millionen Euro Schlüsselzuweisungen werden unterm Strich überwiesen. Laut Mitteilung des CSU-Stimmkreisabgeordneten Martin Bachhuber aus Bad Heilbrunn entfallen davon 16,25 Millionen Euro auf den Landkreis, die übrigen gut 13 Millionen Euro

werden an 15 der 21 Kreiskommunen verteilt. „Mit diesen Geldern können vor Ort wichtige Projekte vorangetrieben werden, von denen die Bürger direkt profitieren“, betont Bachhuber.

Die 13,35 Millionen Euro für die Kommunen verteilen sich wie folgt:

- Bad Tölz (2,67 Millionen Euro)
- Geretsried (2,51 Millionen Euro)

Versicherung?
Finanzteam Peter Höck
Beratungs- und Vermittlungs-GmbH
Faulhaberstraße 4 · 82515 Wolfratshausen
Tel. 08171/410940 · www.finanzteam-peter-hoeck.de

- Lenggries (2,21 Millionen Euro)
- Wackersberg (985 000)
- Kochel am See (890 000)
- Benediktb. (648 000)
- Dietramszell (605 000)

- Gaißach (541 000)
- Bad Heilbrunn (396 000)
- Bichl (392 000)
- Jachenau (361 000)
- Reichersb. (360 000)
- Schlehdorf (324 000)
- Egling (246 000)
- Greiling (185 000)

Die Stadt Wolfratshausen sowie die Gemeinden Eurasburg, Icking, Königsdorf, Münsing und Sachsenkam erhalten laut Bachhuber im nächsten Jahr aufgrund ihrer

hohen Finanzkraft keine derartigen staatlichen Mittel.

Die bayerischen Städte, Gemeinden und Landkreise werden im kommenden Jahr Schlüsselzuweisungen in Höhe von insgesamt 3,23 Milliarden Euro erhalten – und so an den Steuereinnahmen des Freistaats beteiligt. Als Grundlage für die jeweiligen Zuweisungen dienen die Steuereinnahmen der Kommunen aus dem Jahr 2014.

Schlüsselzuweisungen haben generell die Aufgabe, die Finanzkraft der Städte und Gemeinden zu stärken. Die vom Bayerischen Landesamt für Statistik berechneten Zuweisungen werden quartalsweise ausgezahlt. Mit der ersten Überweisung können die Bürgermeister im Landkreis Mitte März rechnen. Über die Verwendung des Geldes können die Kommunen frei entscheiden.